

Sie gehören, zumal in diesen Tagen, zu den angenehmen Selbstverständlichkeiten vieler Städte: Schwimmbäder. Es sind klassenlose Orte, die Menschen dazu einladen, sich in ihrer freigelegten, schutzlosen Körperlichkeit sowohl ins Wasser wie auch in Gesellschaft zu begeben. „Frei und gleichberechtigt“ soll dieses Erlebnis sein, und so lautet auch der Titel einer beeindruckenden Dissertation über die Architekturgeschichte dieser Einrichtung, die nun unter der eingängigen Überschrift „Schwimmbäder“ erschienen ist. Der Historiker Matthias Oloew, von Beruf Pressesprecher der Berliner Bäderbetriebe, vollzieht nach, wie sich die Bauaufgabe „öffentliches Bad“ entwickelt hat, und konzentriert sich dafür, von exemplarischen Ausnahmen abgesehen, auf städtische Hallen- oder Freibäder in Deutschland.

Für seine Analyse wählt er einen überzeugenden Kristallisationspunkt: die kommunale Daseinsvorsorge. Denn auch wenn dem menschlichen Drang zum Wasser schon die römische Antike mit dem Bau von Thermen nachkam – das gemeinschaftliche Baden in der Neuzeit wird erst mit der aufkommenden Industrialisierung wiederentdeckt, als sich die hygienischen Zustände in den immer dichter bevölkerten Städten zur Katastrophe auswachsen. In den ersten, um 1830 gegründeten Badeanstalten, mit denen Oloews Rückblick beginnt, geht es nicht um Leibesübungen, sondern um die Reinigung mit Wasser und Kernseife, selbstredend streng nach Geschlechtern und sozialem Stand getrennt. Doch schon bald werden die für das sogenannte Volksbad strukturell prägenden Vorkehrungen – Badewannen und Brausebäder – um Schwimmbecken ergänzt. Es ist die Zeit, in der sich neue medizinische Erkenntnisse in Sachen Prävention und Gesunderhaltung durchsetzen und sowohl die sportliche Erleichterung als auch die Sorge um den eigenen Körper keine alleinigen Privilegien der besseren Gesellschaft mehr sind.

Dass sich in seinen Schilderungen der Anfänge des öffentlichen Badewesens in Deutschland kein Hinweis darauf findet, dass in den besagten Zeitraum auch die Gründung des Kaiserreichs fällt und sich in der Folge die Aufgaben des Staates neu sortieren, verwundert zunächst, doch der Autor hält die politische Zeitgeschichte auch in den folgenden Kapiteln konsequent auf Abstand: Wenn in dieser Retrospektive überhaupt von Zäsuren die Rede sein kann, folgen sie der Bauhistorie.

Oloew definiert mit der Zeit bis 1918, den Zwischenkriegsjahren und der bis in die Gegenwart reichenden Nachkriegsära drei voneinander abgrenzbare Epochen der Schwimmbadarchitektur, deren jeweils prägende Bauten er mit großer Lust an der ungeheuren Fülle seines Materials untersucht. Von der Palazzo-Pracht gründerzeitlicher Volksbäder über die Sportschwimmbäder der reformerischen Moderne bis hin zu den funktionalistischen Hallenbad-Vitrinen der Nachkriegsjahre – an ihrer Architektur lässt sich die Karriere der öffentlichen Badeanstalt von einer Institution der Volkshygiene zu einem Ort der Reproduktion nachvollziehen, ganz im Sinne des Modernisten Sigfried Giedions, der 1935 anlässlich der Ausstellung „Das Bad von heute“ eine Lebensweise des „brutalen Menschenverbrauchs“ beklagt, die das



Hier gewann Mark Spitz einst sieben Goldmedaillen: Olympia-Schwimmhalle auf dem Münchener Oberwiesefeld, gebaut für die Sommerspiele des Jahres 1972 und seitdem öffentliches Bad.

Foto Visum

Der gemeinschaftliche Drang zum Wasser

Gleichberechtigung in Badehose: Matthias Oloew hat zweihundert Jahre Baugeschichte deutscher Frei- und Hallenbäder erforscht und herausgefunden, wie wichtig diese für die kommunale Daseinsvorsorge sind.

öffentliche Bad mit dem Angebot „totaler Regeneration“ kompensieren soll.

Sowohl die jeweiligen Entstehungsbedingungen als auch die planerische Leistung belegt der Verfasser mit zahlreichen Quellen und Bildmaterial, so für das typologisch prägende Stadtbad Mitte in Berlin von Carlo Jelkmann und Heinrich Tesseow (1930), das von Max Frisch geplante Freibad am Letzigraben in Zürich (1949) und die großmannsüchtige „Schwimmpool“ in Wuppertal (1957) von Friedrich Hetzelt und Fritz Leonhardt. Neben den Archivalien und Planungsunterlagen von mehreren Dutzend exemplarischer Bäderbauten hat Oloew auch Protokolle von Gremiensitzungen und kommunalpolitischen Abstimmungen studiert – sein Werk dürfte im Hinblick auf Umfang und systematische Gründlichkeit einzigartig sein. Dennoch gerät ihm mit seiner stupenden

Revue von Einzelbauwerken die gleich zu Anfang formulierte und vielleicht fruchtbarste Frage seiner Arbeit ein wenig aus dem Blick: „Gibt es eine erkennbare Architektur der Daseinsvorsorge, vielleicht sogar eine Architekturikonografie der Daseinsvorsorge?“ Dafür müsste er sich freilich mit einem Begriff auseinandersetzen, mit dem er, obwohl er sich explizit davon leiten lässt, freimütig hadert, geht doch der Terminus „Daseinsvorsorge“ auf das Jahr 1938 zurück, als der Jurist Ernst Forsthoff einen Leistungskatalog unveräußerlicher, existenzsichernder Dienste für die Kommunalverwaltungen aufsetzt. „Die Jahreszahl deutet es an: Daseinsvorsorge ist ein problematischer Begriff“, und zwar nicht nur wegen seiner Entstehungszeit, „sondern weil er schwammig ist.“

An dieser Stelle hätte man sich einen beherzteren Zugriff auf die allumfassende

Bedingtheit des Begriffs gewünscht, denn was Daseinsvorsorge an unterschiedlichen Orten zu unterschiedlichen Zeiten zu leisten hat – und das ist eigentlich der heuristische Vorteil dieser historisch und politisch elastischen Kategorie –, erzählt viel über die Verfasstheit einer Gesellschaft und der Aufgaben, die sie sich mit Blick auf ihr Gedeihen gibt. Dementsprechend gehört das Schwimmbad in einen Betrachtungszusammenhang mit den baulichen Manifestationen anderer städtischer Versorgungsinstitutionen, von Theatern über Parks bis hin zu den Bauten kommunaler Wasser- und Elektrizitätswerke. Dass er sich dann doch ausschließlich auf das Schwimmbad konzentriert, schmälert die dokumentarische Leistung dieses Buches keinesfalls.

Seine Schlussbemerkungen widmet der Autor den gestalterischen Prinzipien eines zeitgemäßen Schwimmbads der Da-

seinsvorsorge – erlebnisorientiert, urban, rational, räumlich differenziert – und fragt, welcher baulichen Vorkehrungen es bedarf, damit zum Beispiel auch strenggläubige Musliminnen in seinen Genuss kommen können. Dass ihm als Antwort nur der Verweis auf die quasi-wilhelminische, blickdichte Absonderung einzelner Nutzergruppen wie im Volksbad der Gründerzeit bleibt, scheint ihn selbst zu überraschen.

CORNELIA DÖRRIS



Matthias Oloew: „Schwimmbäder“. 200 Jahre Architekturgeschichte des öffentlichen Bades.

Dietrich Reimer Verlag, Berlin 2019, 392 S., Abb., geb., 79,- €.

In der republikanischen Monarchie haben Revolten Tradition

Zum Verständnis einer nicht gerade leicht regierbaren Nation: Matthias Waechters Geschichte Frankreichs im zwanzigsten Jahrhundert darf als Standardwerk gelten

Die Wahl Emmanuel Macrons im Mai 2017 und die Wahlen zur Nationalversammlung, die dem neuen Präsidenten eine satten Mehrheit bescherten, haben das Parteiensystem der Fünften französischen Republik von Grund auf verändert. Die etablierten Regierungsparteien links wie bürgerlich rechts sind auf einstellige Prozentzahlen abgestürzt. Die einzige „Altpartei“, die mithalten konnte – nach Prozentpunkten wegen des Mehrheitswahlrechts, aber nicht nach Mandaten – ist Marine Le Pens Rassemblement National (ehemals Front National). Die Europawahlen haben dieses Ergebnis mehr oder weniger bestätigt.

Umso erstaunlicher ist es, dass die Institutionen und das Verfassungsgefüge der Republik von dieser umstürzenden Entwicklung kaum tangiert wurden. Im Gegenteil: Am Ende seiner „Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert“ konstatiert Matthias Waechter in einem „Ausblick“ auf die jüngste Geschichte eine Rückkehr zum altgaullistischem Stil. Wie Charles de Gaulle führe Macron den „Dialog eines charismatischen Einzelnen mit dem Volk über Parteigrenzen hinweg, so wie es der Gründer der Fünften Republik getan hatte“. Ebenso treffend stellt Waechter fest, dass Macrons Regierungsapparat im Grunde als technokratische Expertenregierung konzipiert ist. Die Schwächen dieses Regierungsstils haben die „Gelbwesten“ offengelegt.

Waechters Ausblick auf das 21. Jahrhundert handelt das Ende der Ära Chirac und die Amtszeit der Präsidenten Sarkozy und Hollande vergleichsweise kurz ab. Dagegen beginnt er seine Geschichte klugerweise mit einem ausführlichen Rückblick auf das letzte Viertel des neunzehnten Jahrhunderts, in dem Strömungen und Traditionen entstanden, die Frankreich bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts prägen und die bis heute bedeutsam sind.

Zwischen die Teile, welche die Ereignisgeschichte verfolgen, stellt Waechter Querschnittsanalysen („Frankreich um 1900“ beziehungsweise 1926, 1942, 1965 und 1990), die sich mit ökonomischen, so-



Alles für die Idee Frankreichs, trotz der Franzosen: Charles de Gaulle in seinem schweren Jahr 1968

Foto Bridgeman

zialen, kulturellen und demographischen Faktoren befassen. Das ist, trotz der manchmal sperrigen Materie, erzählerisch gelungen, wirkt nie von den Ereignissen abgesetzt, sondern klärt die Zeitumstände. So ist es bemerkenswert, dass staatliche Interventionen in die Wirtschaft, die bis heute umstandslos der Traditionslinie des Absolutismus zugeordnet werden, im Grunde erst in den Kriegsjahren des zwanzigsten Jahrhunderts wieder auflebten, vor allem im Ersten Weltkrieg, in dem der „als liberal zu bezeichnende französische Staat in einen Interventionsstaat umgestaltet wurde“. Einen bewusst sozialpolitisch motivierten Umbau gab es letztlich erst unter der Volksfront-Regierung von Léon Blum Mitte der dreißiger Jahre, womit, wie Waechter schreibt, „die Grundwerte des französischen Republikanismus neu definiert“ wurden, mit Folgen bis in die Gegenwart.

Naturngemäß änderte sich auch das politische System in Kriegszeiten. Während in der Dritten Republik Regierungen letztlich exekutive Ausschüsse des Parlaments waren und häufig wechselten, schaltete Georges Clemenceau während des Ersten Weltkriegs das Parlament weitgehend aus und dominierte auch die militärische Führung – eine aus den Umständen geborene Halbdiktatur. Nach dem Krieg begann dann wieder die für die Dritte und danach die Vierte Republik typische Abfolge instabiler Regierungen.

Der Zusammenbruch dieses Systems kam mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Mit der Vichy-Periode geht Waechter, gestützt auf eine reichhaltige historische Forschung, hart ins Gericht. Das gilt nicht nur für die Regierungen unter dem greisen Marschall Pétain und seinem Ministerpräsidenten Laval, sondern auch für das Verhalten eines großen Teils der französischen Bevölkerung während der deutschen Besetzung. Die Behörden des „Etat français“ waren willige Helfer der nationalsozialistischen Judenpolitik, Kollaboration war eher die Regel als die Ausnahme.

Ausführlich würdigt Waechter die Rolle de Gaulles als zentraler Gestalt der franzö-

sischen Politik im vorigen Jahrhundert: zunächst als Chef der „France libre“, nach dem Krieg als Ministerpräsident einer Übergangsregierung, der nach zwei Monaten abdankte, dann als erbitterter Gegner der Vierten Republik, die der General wegen ihrer Ähnlichkeit mit der Dritten strikt ablehnte. Schließlich ließ sich de Gaulle die Verfassung der Fünften Republik gewissermaßen auf den Leib schneiden. Seinen Wiederaufstieg verdankte er dem konfliktreichen Prozess der Entkolonialisierung, den Waechter ausführlich schildert – von Schwarzafrika über Indochina bis zum Algerienkrieg.

De Gaulle bewältigte die Entkolonialisierung allerdings anders, als es viele seiner Anhänger erwarteten: Er beendete den Algerienkrieg schließlich mit den Verträgen von Evian, die in einem Referendum 1962 mit überwältigender Mehrheit gebilligt wurden. Es dauerte Jahrzehnte, bis die Regierung öffentlich eingestand, dass in Algerien nicht „Unruhen“ oder „Ereignisse“ stattgefunden hatten, sondern ein grausamer Krieg geführt worden war.

Waechter beurteilt de Gaulles Außenpolitik im Ergebnis kritisch. Seine Politik, Europa unter der Führung Frankreichs als dritte Kraft im Ost-West-Konflikt zu etablieren, sei gescheitert. Das übersieht ein wenig, dass der General nie Zweifel daran ließ, auf welcher Seite er im Ernstfall stehen würde, nämlich auf der westlichen. Allerdings versuchte de Gaulle, Frankreich, so weit es ging, aus seiner Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu befreien und in die Lage zu versetzen, eigenständige Entscheidungen treffen zu können. Natürlich wusste er, dass seine nationale nukleare Abschreckung kein wirkliches Gegengewicht zum sowjetischen Atomwaffenarsenal sein konnte. Aber angesichts des für Europa riskanten Wandels der amerikanischen Strategie von der Vorverteidigung über die massive (nukleare) Vergeltung zur „flexible response“, die auch Adenauer beunruhigte, sah de Gaulle die „force de frappe“ als „Finger am amerikanischen Abzug“, als ersten

Schritt einer danach automatisch einsetzenden nuklearen Eskalation, an deren Verhinderung auch Moskau interessiert sein musste.

Innen- und wirtschaftspolitisch profitierten de Gaulles Regierungen von den „trente glorieuses“, drei Jahrzehnten des Wirtschaftswachstums und des steigenden Wohlstandes nach dem Krieg, die erst mit den beiden Ölkrisen der siebziger Jahre zu Ende gingen. Dieser Einbruch trug zusammen mit Querelen innerhalb der Rechtsparteien dazu bei, dass Giscard d'Estaing, der 1974 auf den im Amt verstorbenen Nachfolger de Gaulles, Pompidou, folgte, nicht wiedergewählt wurde, sondern dem sozialistischen Kandidaten Mitterrand unterlag. Nach einigen Monaten des „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ musste dieser seine wirtschaftspolitischen Experimente – unter anderem die Verstaatlichung der Stahlindustrie und die Nationalisierung von 39 Banken, Reduzierungen der Arbeitszeit ohne Lohnverlust, Rente mit 60, Erhöhung des Mindestlohnes – abbrechen und sich dem Kurs der europäischen Nachbarn wieder annähern. Ein Erbe, das die französischen Staatsfinanzen immer noch belastet, war die Aufblähung des öffentlichen Sektors, der damals von 11 auf fast 25 Prozent der Beschäftigten anstieg.

Waechter konstatiert, dass die Ära Mitterrand (1981 bis 1995) eine Versöhnung der Linken mit der lange bekämpften Fünften Republik war. Das Amtsverständnis des sozialistischen Präsidenten unterstrich die Etikettierung der Verfassung als „republikanische Monarchie“ (Maurice Duverger) sogar noch. In der umstrittenen Frage, wie Mitterrand zur deutschen Wiedervereinigung stand, schlägt sich Waechter auf die Seite derjenigen, die meinen, er habe sie nicht verzögern oder gar verhindern wollen, sondern nur versucht, die Rahmenbedingungen festzuzurren, unter denen sie schließlich stattfand (Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze, Vertiefung der europäischen Integration).

Es gibt nur wenige kritische Anmerkungen zu diesem Standardwerk zu machen:

Waechter geht kaum auf den Charakter der Parteien ein, die Frankreichs politisches Leben lange bestimmt haben. Sie sind nicht aus gesellschaftlichen Bewegungen (mit Ausnahme von Macrons „La République en Marche“), sondern fast alle aus parlamentarischen Gruppierungen hervorgegangen. Im Unterschied zu den deutschen „Organisationsparteien“ sind sie „Strömungsparteien“ geblieben: zusammengewürfelt aus Formationen und Clubs, die mehr von persönlichen Querelen bestimmt sind als von einer verbindenden Ideologie geprägt. Die Rechte hat nach de Gaulles Rücktritt immer wieder Bruderkämpfe ausgefochten, auf der Linken war es nicht anders: Der sozialistische Präsident Hollande (2012 bis 2017) wurde während seiner Amtszeit von der eigenen Partei demontiert.

Erwähnenswert wäre auch gewesen, dass die Legitimität von Politik in Frankreich verschiedene Wurzeln hat. Da gibt es die („orleanistische“) Legitimation durch die repräsentative Demokratie, aber auch eine („bonapartistische“) Tendenz zur direkten Demokratie qua Referendum, die als verfassungsmäßig etablierter Ausdruck der Volkssouveränität gelten kann. Und schließlich stammt aus revolutionärer Tradition eine „Legitimität der Straße“ (Samuel Hayat), die immer wieder zu Erruptionen führen kann, wie zuletzt bei der Revolte der „Gelbwesten“. Sie stößt bei vielen Franzosen auf Sympathie und macht das Regieren schwierig. Aber das sind eher politische Themen, deren Fehlen die Meriten dieses Buches keineswegs schmälert.

Waechter ist es aufgrund seiner stupenden Kenntnis der Sekundärliteratur gelungen, ein wissenschaftliches Standardwerk vorzulegen (ein Wermutstropfen ist das Fehlen eines Sachregisters), das wegen seiner klaren, eleganten Sprache auch für interessierte Laien gut lesbar ist. Es gehört in die Hände all jener, die sich aus zeitgeschichtlichem Interesse oder wegen ihres wirtschaftlichen oder politischen Engagements mit unserem Nachbarland beschäftigen. GÜNTHER NONNENMACHER



Matthias Waechter: „Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert“.

Verlag C.H.Beck, München 2019, 608 S., geb., 34,- €.